

1 Projekte zwischen sozialistischer Emanzipation und feministischen Ideen

„Alle Frauen sind müdig, stark und schön!“ So lautete ein Slogan von Frauen in Zeiten des Aufbruchs nach der politischen Wende in der DDR. Mut, Stärke und Schönheit, Eigenwilligkeit, Kreativität und Managementkompetenz - als Berufstätige, als Mütter und als Partnerinnen - schienen so verheißungsvoll wie selbstverständlich. Ihre Qualitäten am Arbeitsplatz, ihre sozialen Kompetenzen und Möglichkeiten schwieriger Situationen im Leben zu meistern, sollten zur Entwicklung einer gerechten und demokratischen Gesellschaft beitragen. Eingeholt von der Realität, musste dieser Idealismus zunehmend weichen. Die Gewissheit von Ungleichbehandlung und Behinderungen selbstbestimmter Lebensgestaltung, in Freiheit, ohne Furcht und Not, ließen emanzipierte Selbstverständlichkeiten schwinden. Heute prägen geschlechtsspezifische Rollen- und Aufgabenteilung die gemeinsame Lebensgestaltung noch mehr als zuvor. Soll sich dies künftig ändern, bedeutet das auch, bereits Mädchen und junge Frauen in ihrer Widerständigkeit zu stärken.

Frühere wie auch derzeitige Mädchenprojekte im Land Brandenburg basieren auf Empörung und gesellschaftlichen Veränderungswillen, da Mädchen und Frauen in allen Bereichen des geschlechtlichen Lebens noch immer nicht die gleichen Chancen und Möglichkeiten der Mitbestimmung haben. Strukturelle Benachteiligungen und Gewalt gegen Mädchen und Frauen sind ein nicht hinnehmbares Unrecht. Es galt und gilt eine erfolgversprechende Gegenstrategie zu entwickeln, um das Geschlechterverhältnis und Hierarchien der Macht nachhaltig zu verändern. Dafür wurden und werden geschlechtsspezifische Hilfe- und Unterstützungslösungen für Mädchen und Frauen entwickelt - um ihre Kompetenzen zu ermächtigen, um präventiv einzugreifen, um mittelbare Not zu lindern und das Bewusstsein für die Belange von Mädchen und Frauen zu schärfen. Schließlich haben Mädchen und Frauen die gleichen Rechte wie Jungen und Männer. Wird ihnen dieser Anspruch weiterhin direkt und/oder indirekt verwehrt, sind Strategien notwendig, die Mädchen und Frauen in die Lage versetzen, ihre Rechte einzulösen und in einer Demokratie der Geschlechter zu leben. Mädchenarbeit ist damit ein hoch politisches Anliegen. Sie verändert traditionelles Rollenverständnis, Verhaltenserwartungen und Normalitätsvorstellungen. Mädchenarbeit verschiebt Machtverhältnisse.¹

Mädchenarbeit und Mädchenpolitik ist ein Weg für Mädchen und junge Frauen, die Entwicklung eigenständiger, unabhängiger

¹ Siehe auch: Brandenburgisches Mädchen- und Frauennetzwerk: Mädchenarbeit im Land Brandenburg, 1999

2 Mädchenarbeit als Sozialpolitischer Auftrag

Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, Frau und Mann, ist eine Frage der Menschenrechte und eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit.⁸

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich auf ein aktiv gleichstellungsorientiertes Verfassungsverständnis geeinigt. Im Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es dazu: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“⁹

Die Verfassung des Landes Brandenburg definiert im Artikel 10, dass jeder/das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat. Im Artikel 12 der Brandenburgischen Landesverfassung wird die Gleichheit vor dem Gesetz und ein Antidiskriminierungsgebot postuliert. Weiter heißt es im Satz (3): „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.“

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verpflichtet ebenfalls mit dem § 9 Satz (3) SGB VIII die öffentliche Jugendhilfe gleichermaßen die unterschiedlichen Lebenslagen weiblicher und männlicher Minderjähriger zu berücksichtigen. Angesichts der Benachteiligung von Mädchen bedeutet dies vornehmlich eine Verpflichtung, sich deren besonderer Lebenslage anzunehmen.¹⁰ Mit Blick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen ist der sozialrechtliche Handlungsauftrag, für geschlechterdifferenzierende und -gerechte Angebotsformen wie Mädchenarbeit, unbestritten. Doch die Brandenburgische Praxis Sozialer Arbeit entspricht dieser inhaltlichen Gestaltungsaufgabe nicht. Also ist es nicht ausreichend, vereinzelt Projekte für Mädchen und Frauen zu installieren. Gesellschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen müssen sich dahingehend wandeln, dass Mädchen und Frauen darin ihren angemessenen Platz finden und einnehmen können. Das dafür notwendige Veränderungswissen speist sich einerseits aus der Wahrnehmung realer Lebensbedingungen, andererseits brauchen die Zielbestimmungsprozesse und die Wirksamkeitsüberprüfung eine empirisch konsistente Basis.

Das Geschlechterverhältnis ist originärer Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung. Demnach lassen sich aus deren Theorieperspektiven Antworten, auf Fragen nach wirksamen Handlungsoptionen, finden. Die Verknüpfung empirischer Fakten

⁸ Singgemäß: Regine Hildebrand, 1996.

⁹ Vgl.: Bundesdrucksache 12/6000, S. 49.

¹⁰ Vgl.: Frankfurter Kommentar zum SGB VIII, S. 135 - 141.

mit den Erkenntnissen herkömmlicher Kindheits- und Jugendforschung bildet die Wissensgrundlage für bedarfsgerechte Handlungskonzeptionen und mädchenpolitische Argumentationen.

2.1 Diskurse der Frauen- und Geschlechterforschung

Herkömmliche Angebote Sozialer Arbeit ignorieren geschlechtsspezifische Unterschiede weitgehend. Das vorherrschende Normalitätsverständnis ist männlich und schließt weibliche Perspektiven aus. Selbst berufliche Akteurinnen halten noch an der längst revidierten Annahme fest, unabhängig von ihrer eigenen geschlechtlichen und sexuellen Identität, geschlechtsneutral und damit gerecht arbeiten zu können.¹¹ Um passgenaue Alternativen zu entwickeln, die gleichzeitig auf die Veränderung bestehender Benachteiligungen abzielen, werden also Analyseinstrumente gebraucht. Die Analyse und kritische Reflektion von Machtverhältnissen kann nur auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten Theorie gelingen.

Die Konzepte mädchenpolitischer Praxis sind Gegenentwürfe zu androzentrischen Handlungstheorien. Wissen und Erfahrungen aus der Frauen- und Geschlechterforschung prägen die Entwicklungsprozesse maßgeblich. So durchläuft die Mädchenarbeit auch in Brandenburg verschiedene Entwicklungsstadien, immer auf der Suche nach Lösungen für mehr Gerechtigkeit für Mädchen und Frauen.¹²

In der Mädchenarbeit haben sich vorrangig drei Diskurse durchgesetzt. Darin lassen sich vielfältige Möglichkeiten für die Legitimation entdecken. Sie dienen der Orientierung im Prozess der Erarbeitung notwendiger Entwicklungsziele. Der Niederschlag in Mädchenarbeit und Mädchenpolitik zeigt sich wie folgt.

2.1.1 Benachteiligungsdiskurs

Für die beginnende Mädchenarbeit in den neuen Bundesländern wurde und wird bis heute der Benachteiligungsdiskurs als Argumentationsgrundlage genutzt. In den Konzeptionen lassen sich ein Vielzahl von Nöten und zu behebbenden Defiziten finden:

Die politischen, ökonomischen und sozialen Umbruchprozesse führen zu großen psychischen Belastungen. Junge Menschen aus der DDR, in den neuen Bundesländern, befinden sich in einer Identifikations- und Wertekrise. Anpassungsschwierigkeiten führen zu ungekannten sozialen Spannungszuständen. Die Verdrängung der Frauen und Mütter (der Adressatinnen) vom Arbeitsmarkt verändert das bis dahin gültige Rollenbild. Mit der politischen Wende werden erstmals Problembereiche wie Gewalt in

¹¹ Dieser fatale Irrtum kennzeichnet die traditionelle Praxis. So ist z.B. bis heute Jugendarbeit vorwiegend unreflektierte Jugendarbeit.

¹² Siehe auch: Interessengemeinschaft Geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit: Anregung für Jungen- und Mädchenarbeit in Potsdam, Dezember 2003

der Familie, sexueller Missbrauch an Kindern, strukturelle Benachteiligung von Frauen, der neue § 218 StGB, die Diskriminierung von Ausländerinnen, Drogenmissbrauch und Prostitution etc. thematisiert. Das neue Erleben von Benachteiligungen und Schwäche löst existenzielle Ängste und Unsicherheiten in den Familien aus. Dies hat gravierende Folgen. Mädchen erfahren familiäre Spannungszustände und männliche Gewalt immer als Schwächste in der Hierarchie. Mit Folgen für die eigene Berufslaufbahn und Lebensplanung ist zu rechnen. Ehemalige weibliche Vorbilder und Identifikationspersonen werden entwertet. Für diese Leerstelle wird ein sexualisiertes Mädchen- und Frauenbild, alternativ die Hausfrau und Mutter, von der Gesellschaft angeboten. Präventive, intervenierende und ordnungspolitische Forderungen sind Schwerpunkte in den ersten Projektbeschreibungen. Frei von männlicher Dominanz entstehen alternative Handlungs- und Orientierungsspielräume sowie geschlechtsspezifische Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten. Mädchentreffs- und Mädchenzentren, Beratungsangebote und erste Zufluchtsstätten werden gegründet. Angebote zur Lebensplanung und beruflichen Orientierung werden installiert. Mädchen und Frauen werden zur Wahl von „Männerberufen“ motiviert. Die Stärkung weiblichen Selbstbewusstseins, die Förderung autonomer Identitäten und alternativer Selbstverwirklichungsmöglichkeiten werden als Strategien formuliert, damit Mädchen und Frauen auch so selbstbewusst und autonom wie Jungen sein können.¹³

Mädchen und Frauen werden als Opfer und Benachteiligte, als Verliererinnen der Deutschen Einheit beschrieben. Das Normativitätsverständnis bleibt männlich. Die Abweichungen und Defizite sollen mit Mädchenarbeit dahingehend ausgeglichen werden, dass Mädchen die gleichen Chancen wie Jungen haben. In seiner Vereinseitigung von Mädchen und Frauen zu Opfern männlicher Täter, lädt dieser Diskurs zum Verharren ein. Schuld und Verantwortung werden delegiert. Das behindert die Möglichkeiten nachhaltiger Veränderungen. Stärken und Kompetenzen von Mädchen und Frauen werden (indirekt) abgewertet. Mädchen und Frauen werden unterstützt, männlichen Leistungsnormen zu entsprechen. Sind jedoch die Bedürfnisse und Lebenswelten von Mädchen und jungen Frauen zentraler Ausgangspunkt für Konzepte, Strategien, verhindert allein der Benachteiligungsdiskurs die Absicht, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu ändern.

13 Vgl.: Mädchenprojekt Erfurt e.V. in: Feministische Mädchenpolitik, 1993, S. 59, 60. Konzeption Mädchenprojekt Erfurt e.V. von 1991, Konzeption der Kontakt- und Koordinierungsstelle für außerschulische Mädchenarbeit im Land Brandenburg von 1993, Flyer der IAG Mädchen- und junge Frauen in Sachsen e.V. von 1994. Siehe auch neuer Jugendbericht S. 455.

Mit dem Verstehen, dass Mädchen und junge Frauen nicht allein Opfer oder Benachteiligte sind, diese damit stigmatisiert werden und dadurch eher die Geschlechterasymmetrie weiter verfestigt wird, erscheint der Diskurs zu Gleichheit und Differenz als mögliche Lösung. Klargestellt wird damit, dass Mädchen und Frauen die gleichen Rechte wie Jungen und Männer haben, diese aber nicht gleichermaßen wahrnehmen können. „Mädchen können alles, wenn Mann sie nur lässt“.¹⁴ Mädchen und Frauen sind anders und brauchen deshalb auch anderes als Jungen und Männer. Es wird ein dichotomes Geschlechterbild beschrieben, vor dessen Hintergrund es eine gemeinsame Lebenswelt von Mädchen und Frauen gibt.

„Die Gleichheitsperspektive geht davon aus, dass Frauen und Männer gleich sind.“¹⁵ Mädchen und Jungen sind also die gleichen Chancen und Rechte zu ermöglichen. „Diese egalitätstheoretischen Aspekte sind in vielen Konzepten zur Berufsfindung und Lebensplanung von Mädchen wiederzufinden.“¹⁶ „Die differenztheoretische Perspektive beschreibt die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern und stellt die Betrachtung des Anderen in den Mittelpunkt (z.B. unterschiedliche Lebenswelten von Mädchen und Jungen, spezifische Lebens- und Bewältigungsstrategien).“¹⁷ Das Andersein und die eigenen Möglichkeiten, Stärken, Fähigkeiten und Fertigkeiten werden erst erkannt und erlebbar in der Abgrenzung zu Jungen. Deshalb braucht es geschlechtshomogene Schutz- und Schonräume. Originäre Mädchen- und Frauenethemen haben Konjunktur. Mädchenarbeit befasst sich mit Körper, Sexualität und Spiritualität, Matriarchat, Menstruation usw.. Das Empowermentkonzept bildet sich heraus. Dabei zeigt sich auch, dass Mädchen nicht gleich Mädchen ist, jedoch geschlechtsspezifische Benachteiligungs- und Unterdrückungsmechanismen wirken, denen Mädchen und Frauen trotz ihrer Verschiedenheit ausgesetzt sind. Die Ansprüche und Wünsche der Mädchen, in Korrespondenz zu ihrer Lebenswelt, zu Lebenslagen und Lebensplanung, führen zu einer weiteren Differenzierung von Aktivitäten und Zielgruppen. Lesbische Mädchenarbeit, die Arbeit mit behinderten Mädchen, Migrantinnen, Ausländerinnen u.s.w. werden weitgehend konzeptionell aufgenommen. Die konzeptionellen Vorhaben beabsichtigen an den Stärken der Mädchen und jungen Frauen anzusetzen, ihre individuelle Persönlichkeit und Autonomie zu fördern. Prinzipien wie Freiwilligkeit, Ganzheitlichkeit und Parteilichkeit, werden verankert. Der in-

14 Teil eines Plakates aus NRW. Unter dieser Überschrift fanden zahlreiche Veranstaltungen und Workshops in den neuen Bundesländern statt.

15 Landesstelle Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt e.V.: Was bedeutet eigentlich... - wesentliche Stichworte zu Geschlechterfragen S. 34.

16 Andrea Brebeck: Weil ich ein Mädchen bin? Geschlechtsdifferenzierte Pädagogik und Feministische Mädchenarbeit. In: Forum für Kinder und Jugendarbeit 4/2002, S. 23.

17 Landesstelle Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt e.V.: Was bedeutet eigentlich... - wesentliche Stichworte zu Geschlechterfragen S. 34.

2.1.2 Diskurs zu Gleichheit und Differenz

teressenpolitische Vertretungsanspruch taucht in den Konzepten auf, sowie die Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitgestaltung durch die Adressatinnen.

Die Konzentration auf das Andersein und Visionen von eigenen Räumen oder Orten nach patriarchalen Gerechtigkeitsvorstellungen blenden jedoch das Verhältnis zu Jungen und Männern aus. Machtpolitische Fragen und Forderungen verstummten in der Konsequenz. Der beabsichtigte gesellschaftliche Wandel bleibt weitgehend wirkungslos.

2.1.3 Sozialkonstruktivistischer Diskurs

18. Landesstelle Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt e.V.: Was bedeutet eigentlich... - wesentliche Stichworte zu Geschlechterfragen- S. 35.

Diesem Diskurs liegt eine radikale, relativ neue Theorie zu Grunde und „... stellt in Frage, dass das Geschlecht biologisch angeboren ist. Sie verweist darauf, dass wir das Geschlecht konstruieren.“¹⁸ Das führt in der Praxis zu einiger Verwirrung. Dahingehend, dass mit der Auflösung der Kategorie Geschlecht es keine Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gibt, Mädchenpolitik und Mädchenarbeit überflüssig sei, ist ein Irrtum. Da Mädchen und Frauen in einer zweigeschlechtlichen Alltagswelt leben, muss ihnen die Option erhalten bleiben, auch Gegenentwürfe erproben zu können. Außerdem zeigt die Praxis, dass Aspekte bisheriger Konzeptionen und Strategien keineswegs überholt sind. Menschen verfügen über unterschiedliche Bedingungen für Möglichkeiten. Unrechtserleben ist individuell. Ungleiche Chancen, Ausstattungen, Ungerechtigkeit sind ein strukturelles und gesellschaftliches Phänomen. Für die Mädchenarbeit bedeutet dies, der Anspruch gleicher Rechte und Chancen ist nach wie vor zu ermöglichen, mit Berücksichtigung wertvoller Unterschiede. Zugleich ist jedoch zu beachten, wo und wie (für) Mädchen und Jungen Geschlecht implizit und aktiv (hergestellt wird) herstellen.

Die Wahrnehmung von (Re)Konstruktionen und Formen der Selbstinszenierungen ermöglicht die sozialpädagogische Intervention. Es gilt, Verhaltenserwartungen und Normalitätsvorstellungen zu entgrenzen und Zwischenräume lebbar zu machen. „Die konkrete Ausgestaltung der Hilfen orientiert sich an den Zielen, dem Bedarf und an den Ressourcen der Adressatinnen. Die Nutzerinnen werden in ihrer Nutzungsverantwortung belassen, Ziel ist die Entwicklung eigener Lösungen. Die Unterstützung setzt an den Stärken der Adressatinnen an. Die Hilfe erfolgt alltagsnah, situationsbezogen und wird individuell ausgestaltet. Ressourcen der Lebenswelt werden aufgespürt, aktiviert und in die Ausgestaltung

der Hilfe einbezogen. Die Leistungen werden gegenüber den Klientinnen und gegenüber den Auftraggebern transparent gestaltet. Grundlage der Arbeit ist eine mit allen am Prozess Beteiligten ausgehandelte Zielbestimmung.“¹⁹

Die Erweiterung des Blickes auf die Konstruktionen von Zweigeschlechtlichkeit führt zu einer Ausdifferenzierung an Möglichkeiten für Mädchenarbeit und Mädchenpolitik. In der Folge gibt es Mädchenarbeit auch in koedukativen Räumen, ohne die geschlechtshomogenen Arbeitsformen in Frage zu stellen. Allerdings verführt auch die sozialkonstruktivistische Perspektive dazu, die Individualisierung von Lebensformen vor bestehende Machtasymmetrien zu stellen. Damit ändert sich aber keine gesellschaftliche Schiefelage, obgleich Mädchenarbeit sich in Wandlungsprozessen stets behauptet und beispielhaft für die Soziale Arbeit beifürhisorientiert agiert.

2.2 Diskurse der Kinder- und Jugendpolitik

Der aktuelle 3. Kinder- und Jugendbericht zum „Aufwachsen im Land Brandenburg“ ist, wie schon seine Vorgänger, eine wenig geeignete Quelle mädchenpolitischer Argumentationen. Eine Empfehlung oder gar fachpolitische Entwicklungsziele sind diesbezüglich nicht aufzufinden. Geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und junge Frauen finden nur beiläufig Erwähnung. Allerdings wurde eine massive Kritik an der herkömmlichen Praxis nicht ausgelassen. „Gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und Männern an Angeboten der Jugendhilfe wird sowohl in den Jugendämtern als auch bei freien Trägern der Jugendhilfe eher unzureichend thematisiert. Das hat zur Folge, dass in der Jugendhilfeplanung und bei der Ausgestaltung konkreter Jugendhilfemaßnahmen die Bedeutung geschlechtsspezifischer Angebote für Mädchen und Jungen insbesondere zur Entwicklung der Gleichberechtigung von Mädchen vernachlässigt und damit Benachteiligungen nicht entgegengewirkt wird.“²⁰

Gemäß § 84 (1.) SGB VIII legt die Deutsche Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vor. Neben der Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Bewältigung aktueller Entwicklungsherausforderungen der Jugendhilfe enthalten. Diese argumentieren seit 1994, bezogen auf Mädchenpolitik und Mädchenarbeit, wie folgt:

19. Mädchenprojekt Erfurt e.V., Flyer: Mädchen kommen bei uns ganz groß raus, 2001.

20 Vgl.: 3. Kinder- und Jugendbericht des MBJS, Teil II, S. 22.

2.2.1 Bericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen und der Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern

Der 9. Jugendbericht der Bundesregierung befasste sich 1994 dezidiert mit der Situation von Kindern und Jugendlichen und der Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, auch mit Sozialisationsprozessen, biographischen Brüchen, der sozialen Lage und subjektiven Befindlichkeiten von Mädchen und jungen Frauen.²¹ Die Berichtskommission kam u. a. zu dem Schluss, dass die Notwendigkeit von Mädchenarbeit deutlich zu unterstreichen sei. Die Argumente, Mädchenarbeit sei nicht nötig, da die Betroffenen diese nicht selbst einforderten oder Mädchenarbeit erst zu finanzieren, wenn alle anderen notwendigen Aufgaben abgedeckt seien, wurden damit ad absurdum geführt. Auch bezogen sich die Empfehlungen des Berichtes eindringlich auf geschlechtsspezifische pädagogische Ansätze als integralen Bestandteil der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte sowie die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer pädagogischer Ansätze in sämtlichen Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe. Dafür sei Mädchenarbeit angemessen zu fördern, die Stellen der Pädagoginnen seien abzusichern und darüber hinaus genügend Räume für Mädchen zur Verfügung zu stellen.²² Die Initiatorinnen von Mädchenarbeit wurden damit in ihren Bemühungen bestärkt, situationsbezogene Konzepte in den neuen Bundesländern zu entwickeln und zu erproben. Neben der Generalklausel des Kinder- und Jugendhilfegesetzes § 9 Satz 3 SGB VIII, waren nun fachpolitische Argumente zur Hand, mädchenpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

2.2.2 Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland

Vier Jahre später wurde der 10. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland veröffentlicht. Erneut wurden ungleiche Ausgangslagen für Mädchen und Jungen beschrieben und die geschlechtsspezifischen Sozialisationserfahrungen als Rahmen für Entwicklungsprozesse benannt. Unterschiede seien nur so lange als produktive Differenz zu betrachten, solange Mädchen und Jungen durch derartige Präferenzen nicht auf stereotype Rollen und ungleiche Lebenschancen festgelegt werden.²³ Die Bundesregierung bezog zu den Feststellungen der berichtenden Expertenkommission Stellung und betonte, dass Gleichberechtigung und die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ein zentrales Anliegen ihrer Förderpolitik seien. Mädchenarbeit wurde als Querschnittsaufgabe benannt. Speziell für die neuen Bundesländer bestehe seit 1998 die Zielsetzung, praxis-

21. Im Auftrag des BMFSFJ erarbeitete eine Expertenkommission (7 Sachverständige) alle vier Jahre einen ausführlichen Bericht, jeweils ein Thema das Aufwachsens in Deutschland betreffend. Seit 1994 beinhalten die Berichte jeweils Empfehlung zum professionellen Umgehen mit qualitativen und quantitativen Entwicklungserwartungen. Dazu äußert sich die entsprechende Bundesregierung und stellt ggf. in Aussicht, wie ihre Politiken auf mögliche Bedarfe abgestimmt werden.

22 Vgl.: Neumer, Jugendbericht S. 221 - 302, 576 - 580.

23 Vgl.: Zehnter Kinder- und Jugendbericht, S. 50, 51.

nache Konzepte zu erproben, welche für Mädchen und junge Frauen sowohl die aktive Beteiligung als auch gleichberechtigte Teilhabe in allen Strukturen der Jugendhilfe sichern.²⁴

2.2.3 Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland

Der aktuelle 11. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland wurde 2002 veröffentlicht. In den Ausführungen zu Lebenslagen und Geschlechterverhältnissen wird darauf verwiesen, „... dass Geschlechtszugehörigkeit bestimmend für Diskriminierungen bzw. Partizipationschancen sein kann.“²⁵ Geschlecht bestimmt die Lebenslagen von Mädchen (und Jungen) und Frauen, (Männern). Die Lebenslagen werden auch vom jeweiligen sozioökonomischen Status, von der Milieuzugehörigkeit, vom ethnischen Hintergrund, vom Bildungsstand und vom Alter bestimmt. Grundsätzlich, so der Bericht, haben Individualisierung und Pluralisierung die Wahlmöglichkeiten von Mädchen erweitert, ohne dass sie automatisch gleiche Optionen der Teilhabe in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern haben. Normalitätsvorstellungen und Verhaltenserwartungen sind Unsicherheitsfaktoren, wenn auch bei steigender Wahloption. Leitbilder für Weiblichkeit und Männlichkeit, die bestehende Geschlechterhierarchie, Gewalterfahrungen, gesellschaftspolitische Entlastungssysteme und traditionelle familiäre Sozialisation sind im Sinne nachhaltiger Geschlechtergerechtigkeit zu verändern. Die Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe sei diesbezüglich, die Ausgestaltung ihrer eigenen Angebote und Einrichtungen ebenso wie die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung, mit dem Ziel der Gleichberechtigung. Geschlechtsspezifische Zuschreibungen sind zu vermeiden und potenziell gleiche Chancen an gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen zu unterstützen. Die Berichtskommission spricht sich weiterhin dafür aus, geschlechtergerechte Ansätze, Projekte und institutionelle Maßnahmen und Einrichtungen der Mädchen- und Jungenarbeit in allen Handlungsfeldern zu fördern und zu evaluieren. Moralische Forderungen sollen in eine Neudefinition von Normalität einfließen.²⁶

„Bei allen Maßnahmen ist es Ziel der Bundesregierung, künftig die Grundlagen einer geschlechterübergreifenden und vom Geschlecht unabhängigen Chancengleichheit zu schaffen, die zur nachhaltigen Gleichstellung von Mädchen und Jungen, von jungen Frauen und jungen Männern beiträgt. Die hierzu von der

24 Vgl.: Zehnter Kinder- und Jugendbericht, S. XXIII, XXV.

25 Vgl.: Elfter Kinder- und Jugendbericht, S. 108.

26 Vgl.: Elfter Kinder- und Jugendbericht, S. 251, 252.

27 Vgl.: Elter Kinder- und Jugendberichtericht, Stellungnahme der Bundesregierung, S. 6.

2.3 Gender Mainstreaming als Gleichberechtigungstrategie

28 Gender ist ein englisches Wort für das „soziale Geschlecht“. Es bezeichnet die gesellschaftliche und kulturell geprägten Rollen, Rechte, Pflichten, Ressourcen, Interessen von Frauen und Männern. Im Englischen gibt es in der Benennung auch noch das biologische Geschlecht - „sex“. Die Deutsche Sprache hat für Gender keine wörtliche Entsprechung.

29 Mainstreaming bezeichnet ein normales und selbstverständliches Handlungsmuster/Vorgehensweise einer Organisation.

30 Vgl.: Amsterdamer Vertrag, Artikel 3 Absatz 2.

31 Vgl.: Gemeinsames Geschäftsordnung der Bundesministerien, § 2 GGO.

32 Einem Paradigmenwechsel würde jedoch eine eigene Position, im Rückgriff auf Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung, zu Grunde liegen!

Bundesregierung genutzte Strategie des Gender Mainstreaming soll - wie in allen Politikfeldern - auch in der Kinder- und Jugendhilfe handlungsleitend sein.²⁷

Politische Maßnahmen sind nur scheinbar „geschlechtsneutral“. Sie wirken sich jedoch immer unterschiedlich für Mädchen und Jungen, Frauen und Männer, aus und führen u.U. dazu, dass Ungleichverhältnisse verstärkt statt bestehendes Unrecht abgebaut werden. Gender²⁸ Mainstreaming²⁹ verpflichtet zur (Re)organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten AkteurInnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen. Es geht also um die Einbeziehung der Dimensionen Chancengleichheit in alle politischen Konzepte und Maßnahmen. Seit 1996 hat sich die Europäische Union dem Gender Mainstreaming verpflichtet. Damit sind alle Mitgliedsstaaten, also so auch Deutschland, politisch und ökonomisch gebunden: „Bei allen (...) Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.“³⁰ Gender Mainstreaming bedeutet also, grundsätzlich danach zu fragen, wie sich Entscheidungen und Maßnahmen jeweils auf die Lebensbedingungen von Frauen und Männern auswirken und ob sie zur Chancengleichheit der Geschlechter beitragen. Auf dieser Grundlage steuert das europäische Parlament seine Politik und bindet daran auch finanzielle Zuwendungen an die Mitgliedsstaaten der EU. Seit 1999 arbeitet die Bundesrepublik Deutschland daran, Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip in alle Ressorts der Bundespolitik zu implementieren und Chancengleichheit durch politische, normgebende und verwaltende Maßnahmen zu fördern.³¹

Bereits der elfte Kinder- und Jugendbericht bezieht sich auf einen sogenannten Paradigmenwechsel in der Frauen- und Geschlechterforschung.³² Das angenommene biologische Geschlecht ist eine soziale und kulturelle Konstruktion und konstituiert die Zweigeschlechtlichkeit. Konventionelle Praktiken des Miteinander-Umgehens sind gleichzeitig stark an die Geschlechtszugehörigkeit gebunden. Geschlechterklassifikationen aktualisieren die Geschlechterdifferenz. Gleichzeitig betont der Bericht jedoch, die Aufmerksamkeit auf die Kategorie Geschlecht verstelle den Blick auf andere Kategorien wie Alter, Nationalität, Schicht etc. sowie

die Pluralität von Geschlechtertypen.³³ „Somit muss also bei der Betrachtung der Lebenslagen von Mädchen und Jungen ebenso wie bei den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe die ‚dramatisierende‘ und die ‚entdramatisierende‘ Seite der Kategorie Geschlecht ins Blickfeld gerückt werden.“³⁴ Dies ist nicht nur eine Herausforderung zur Selbstreflexion an jede Einzelne und jeden Einzelnen, sondern auch an die Politik, die Fachpraxis und alle gesellschaftlichen Teilbereiche. Und: bei der Beschreibung gesellschaftsspezifischer Lebenslagen anhand objektivierbarer Daten, sind die Herstellungen des Geschlechts ebenso hervorzuheben wie die Dimension der subjektiven Gestaltung und Zuschreibung von Geschlecht. Fragen der sozialen Konstruktionen von Geschlecht sind ebenso bedeutsam wie die Frage der Geschlechterhierarchie.³⁵

Die geschlechtsspezifische Arbeit ist nach wie vor auf das Engagement von Einzelkämpferinnen zurückzuführen. Die konzeptionelle Verankerung ist in den einzelnen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe höchst unterschiedlich, die Finanzierungen gleichen häufig eher einer patchworkartigen Mixtur ohne Regelförderung.³⁶ Dieser Ausgangslage steht eine Praxis gegenüber, in der Mädchen und Jungen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nach wie vor unterschiedlich in Anspruch nehmen, ohne dass dies von der Kinder- und Jugendhilfe in ausreichendem Maße zum Reflexionsanlass genommen wird.³⁷ Für die Reflexion und Umgestaltung subtiler Geschlechterordnung wird eine Auseinandersetzung mit der Strategie der „Gender Mainstreaming“ empfohlen.

Gender Mainstreaming ist demnach eine Doppelstrategie. Es handelt sich hierbei um ein strategisches Instrument zur Veränderung ungerechter Rahmenbedingungen. Zugleich ist Mädchenarbeit inhaltlicher Bestandteil und kann nicht ersetzt werden.

33 Vgl.: Elter Kinder- und Jugendberichtericht, S. 108.

34 Vgl.: Elter Kinder- und Jugendberichtericht, S. 108.

35 Vgl.: Elter Kinder- und Jugendberichtericht, S. 111.

36 Vgl.: Elter Kinder- und Jugendberichtericht, S. 112.

37 Vgl.: Elter Kinder- und Jugendberichtericht, S. 112.

3 Unerhört!?

Wissenschaftstheoretisch und fachpolitisch ist die Notwendigkeit von Mädchenpolitik und Mädchenarbeit unbestritten. Dennoch gelingt es in Brandenburg kaum, dieses gesellschaftlich brisante Praxisfeld ausreichend zu etablieren und weiterzuentwickeln. Vorherrschender Benachteiligung wird nicht entgegen gewirkt. Die Entwicklung der Gleichberechtigung bleibt weitgehend unberücksichtigt.³⁸ In der Folge tragen soziale Institutionen wie auch politisch Verantwortliche direkt und indirekt zur Diskriminierung von Mädchen und Frauen bei.

Originäre Instrumente der Frauen- und Gleichstellungspolitik des Landes können dem zwingenden Bedarf von Strukturförderung für Mädchen und junge Frauen nur marginal entsprechen. Die gegenwärtigen Projekte und Einrichtungen stehen vielmehr unter permanentem Legitimationsdruck. Sie stoßen mit ihrem Anliegen auf Unverständnis, insbesondere die örtlichen EntscheidungsträgerInnen. Das mädchenpolitische Praxisfeld dezimiert sich, entgegen aller vollmundigen politischen Willensbekundungen, Monat für Monat. Die kommunale Selbstverantwortung und die örtliche Zuständigkeit werden zum Alibi, um Gestaltungshoheiten zu legitimieren, wodurch Mädchen und Frauen Anspruchsrechte verwehrt bleiben. Eine unmittelbar rechtliche Handhabe gegen solches Vorgehen gibt es nicht, obgleich es sich hier um einen rechtlich verbürgten, gesellschaftlichen Konsens handelt.³⁹

Erfolgsversprechender scheint trotz allem, Orte der Selbstvergewisserung zu schaffen, Vernetzung zu aktivieren und BündnispartnerInnen zu suchen. Der Unwillen gegenüber der Ignoranz der Bedarfe von Mädchen und Frauen sollte sich lokal konzentrieren. Verantwortliche müssen in die Verantwortung genommen werden. Damit dies gelingt, ist zunächst ein gemeinsames Verständnis zum Anliegen und dessen Begründungen erforderlich. Es braucht fachpolitische Haltungen und klare Positionen. Das schafft Sicherheiten für die Argumentation und schärf die Identifikation mit einem rechtlich verbürgten Anspruch. Daher stellt sich nicht mehr die Frage, ob Mädchenarbeit förderbar ist, sondern nur noch wie, in welchem Umfang und welche strukturellen Konstruktionen für das Gemeinwesen förderlich sind.

Für eine unanfechtbare Argumentation sollten die rechtlichen Grundlagen bekannt sein, ebenso die politischen Aussagen zu den gegenwärtigen Lebensbedingungen junger Menschen und daraus resultierenden Entwicklungsherausforderungen. Da Mädchenarbeit ein Veränderungskonzept ist, müssen die jugendpolit-

³⁸ Vgl.: Elller Kinder- und Jugendberichts, S. 112.

³⁹ Beschwerden sind möglich über das CEDAW der UN oder ein Gruppenbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dafür müssten jedoch zunächst die nationalen Klagewege und Instanzen durchlaufen werden. Die Chancen stehen dafür schlecht und es stellt sich ebenso die Frage, wer dies auch noch machen sollte. Jede weitere Anregung dazu ist willkommen.

schen Absichtserklärungen mit Befunden und Theoriemodellen der Frauen- und Geschlechterforschung verknüpft werden. Schließlich ist Mädchenarbeit ein ganzheitliches Modell für notwendige gesellschaftliche Veränderungsprozesse und lässt sich nicht auf die Zielgruppe Mädchen und junge Frauen reduzieren. Die Theoriediskurse sollten für die jeweilig örtlichen Gegebenheiten dekliniert werden ohne Vereinseitigungen und (neue) Stigmatisierungen zu (re)produzieren.

Mädchen und Frauen sind demnach nicht nur Opfer oder Benachteiligte, aber sie werden es viel zu oft. Der Benachteiligungsdiskurs kann hilfreich sein, darf aber in der Folge Mädchen und junge Frauen nicht als defizitär definieren. Sie hätten z.B. Nachholbedarf, um genauso gut wie Jungen und junge Männer zu sein. Mädchen und junge Frauen sind nicht dem Standart von Jungen und jungen Männern anzupassen. Vielmehr sind Mädchen und Frauen eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes, von den Jungen und Männern so einiges lernen können. Die Potenziale von Mädchen und jungen Frauen werden z.B. besonders sichtbar im Vergleich schulischer Leistungen und Abschlüsse. Dass diese nicht adäquat ins gesellschaftliche Leben münden, wäre hier eines der möglichen Probleme, was frühzeitig und systematisch zu verändern ist. Gleichzeitig gilt es zu beachten, dass es innerhalb der Geschlechtszugehörigkeit immense Differenzen gibt. Mädchen ist nicht gleich Mädchen. Wenn allein geschlechtsspezifische Besonderheiten im Vordergrund des Agierens stehen, verdeckt dies u.U. machtpolitische Reflektionsmöglichkeiten und führt dazu, Mädchenarbeit nur für jene zu begründen, die es wegen ihres Andersseins nötig hätten. Spezialisierte Hilfe- und Unterstützungsleistungen werden ggf. ganzheitlichen Aspekten nicht mehr gerecht. Die Verengung des Blickes auf sogenannte Adressatinnen, Zielgruppen, Klientinnen, Nutzerinnen oder Kundinnen kann dazu führen, machtpolitische Fragen und Forderungen nicht mehr zu stellen.

Werden die Dimensionen des Machtpolitischen, der Parteilichkeit für Mädchen und Frauen und die Ganzheitlichkeit vernachlässigt, verfehlt Mädchenarbeit ihren sozialpolitischen Auftrag. Außerdem beweist die Brandenburgische Praxis, dass Projekte, die dies berücksichtigen, bessere Zukunftschancen haben, etablierter sind und erfolgreicher arbeiten. Für Mädchenpolitik und Mädchenarbeit scheint Gender Mainstreaming eine ebenfalls geeignete Strategie. Doch handelt es

sich hier um eine Verwaltungsstrategie, die Macht und Herrschaftsfragen weitgehend unberücksichtigt lässt. Gender Mainstreaming wirkt dennoch als Handlungsmaxime in die einzelnen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe hinein und kann dazu beitragen, die bisherige Mädchen- und Frauenförderung zu erweitern, um gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.⁴⁰ Allerdings neigt z.B. die Kinder- und Jugendhilfe dazu, sich des Problems zu entledigen, indem in Förderplänen ‚Mädchen‘ durch ‚Mädchen und Jungen‘ ersetzt werden.⁴¹ In aktuellen Empfehlungen für die zukünftige Kinder- und Jugendhilfe wird „... die Schaffung rechter und tatsächlicher Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe an allen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gefordert. Dies gilt insbesondere für den Abbau sozialer Ungleichheit, die auf Migration, regionale Disparitäten und Geschlechtszugehörigkeit beruht.“⁴² Folglich bietet Gender Mainstreaming maßgebliche Chancen für die notwendige Institutionalisierung von Mädchenprojekten, hat jedoch klare Grenzen und ist immer mit Vorsicht zu genießen.

Alles in allem sollten die einzelnen Diskurse weiterhin strategisch miteinander verknüpft werden und eine Reflektionsgrundlage darstellen. Dann können daraus neue politische Taktiken und sozialpädagogische Handlungskonzeptionen erwachsen.

Perspektivisch kann dies auch bedeuten, einen eigenen, für die neuen Bundesländer passgenauen, Diskurs zu entwickeln. Eine erfahrungsgemäß erfolgreiche Strategie ist, Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit herzustellen. Dies ist eine direkte Absicht vorliegender Broschüre. Die Not-Wendigkeit von Mädchenpolitik und Mädchenarbeit soll verstehbar werden und der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit wachsen. Erste Orientierungen für mögliche sozialpädagogische Handlungskonzeptionen bieten die nachfolgend dargestellten Mädchenprojekte. Zugleich kann der Wunsch nach mehr Vernetzung, Information und Kooperation eine geeignete Adresse finden.

⁴⁰ Vgl.: Frankfurter Kommentar zum SGB VIII, S. 140 so geschehen im KIP des BMFSFJ

⁴¹ Vgl.: Eller Kinder- und Jugendbericht, S. 112, 113.

⁴² Vgl.: Eller Kinder- und Jugendbericht, S. 261.

